

IOV • Bismarckstr. 100 • DE-41061 MÖNCHENGLADBACH

Zweiten Deutschen Fernsehens (ZDF)

ZDF-Straße 1

55100 Mainz

Deutschland

E-Mail: info@zdf.de

REDAKTIONELLE RÜCKMELDUNG

Unser Vorgang: IOV-MED/ZDF2026/001

Unser Schreiben vom: 06.03.2026

E-Mail: post@orgvr.org

Telefon: +49 2161 839 7105

Fax: +49 2161 917 4945

Ihre Schreiben vom:

Ihr Vorgang:

Rückmeldung zu Ihrem Beitrag „Was taugt das Völkerrecht?“

Sehr geehrter Herr Krause,

mit großem Interesse haben wir Ihren Beitrag „Zehntausende tote Zivilisten: Was taugt das Völkerrecht?“ gelesen. Sie benennen präzise die strukturelle Krise der internationalen Ordnung: über 100.000 getötete Zivilisten innerhalb von 18 Monaten, die Erosion des Reziprozitätsprinzips, die faktische Blockade des UN-Sicherheitsrates und die wachsende Missachtung gerichtlicher Entscheidungen. Diese Analyse ist notwendig und journalistisch verantwortungsvoll.

Was jedoch offenbleibt, ist die konkrete Frage nach den Mechanismen der Wiederherstellung von Verbindlichkeit. Völkerrecht erschöpft sich nicht im humanitären Schutzrecht der Genfer Konventionen. Es umfasst ebenso politisch verpflichtende Vereinbarungen, die Stabilität und Sicherheit in Europa und darüber hinaus sichern sollen – darunter die KSZE-Schlussakte von Helsinki (1975), die Charta von Paris für ein neues Europa (1990) sowie das Moskauer Dokument (1990). Diese Instrumente enthalten klare Verpflichtungen zu Rechtsstaatlichkeit, Achtung der Menschenrechte, Transparenz und friedlicher Konfliktlösung.

Die Herausforderung liegt weniger im Fehlen von Normen als in deren konsequenter Anwendung und öffentlichen Verankerung. Völkerrecht kann nur dann wirksam sein, wenn:

- Regierungen ihre eingegangenen Verpflichtungen ernst nehmen,
- innerstaatliches Recht im Einklang mit diesen Verpflichtungen steht,
- und die Bevölkerung Kenntnis von diesen Verträgen hat.

Souveränität beginnt mit Wissen. Ohne Bewusstsein über bestehende internationale Bindungen entsteht weder politischer noch gesellschaftlicher Druck zur Einhaltung.

Unsere Organisation widmet sich der systematischen Dokumentation völkerrechtlicher Verträge, der Analyse ihrer innerstaatlichen Umsetzung sowie der gutachterlichen Prüfung konkreter Sachverhalte. Auf dieser Grundlage

werden Erkenntnisse den zuständigen staatlichen Stellen und internationalen Organisationen übermittelt. Ziel ist nicht Konfrontation, sondern Transparenz und Rechtsklarheit.

Medien tragen hierbei eine besondere Verantwortung. Sie können Missstände benennen – oder zusätzlich Wege zur strukturellen Stabilisierung aufzeigen. Eine vertiefende Darstellung der politischen Verpflichtungsebene jenseits des humanitären Völkerrechts würde die öffentliche Debatte erheblich bereichern.

Gerne stehen wir für einen fachlichen Austausch zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



VORSTAND der Internationalen Organisation Völkerrecht
Schutzbezogene Tätigkeit nach den ratifizierten Bestimmungen
des IV. Genfer Abkommens - SR 0.518.51 (Art. 132, 140)

[zdfheute.de](https://www.zdfheute.de)

Völkerrecht in der Krise: Zehntausende tote Zivilisten

Fabian Krause

5–6 Minuten

Die Vielzahl an Kriegen stellt die Ordnung des Völkerrechts immer wieder infrage.

14.02.2026 | 2:05 min

[Krieg in der Ukraine](#), kein Frieden in [Gaza](#) und ein brutaler Bürgerkrieg im [Sudan](#). Die Leidtragenden sind Zivilisten. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der renommierten Geneva Academy. Untersucht wurden 23 Konflikte der letzten 18 Monate. Das Ergebnis: Mehr als 100.000 Zivilisten kamen ums Leben, viele weitere wurden Opfer von Folter oder Vergewaltigung.

Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht

Eigentlich werden Zivilisten durch das humanitäre Völkerrecht besonders geschützt. Die Genfer Konvention schreibt vor, dass bei bewaffneten Konflikten Zivilisten nicht angegriffen werden dürfen. Dies gilt auch für die zivile Infrastruktur, also etwa Schulen, Krankenhäuser und Kirchen. Das Ziel: Auch wenn sich ein gewaltsamer Konflikt nicht vermeiden lässt, sollen Zivilisten vor den Folgen geschützt werden.

80 Jahre Vereinte Nationen: Weltordnung im Umsturz, Diktatoren und Populisten an der Macht. Jo Schück fragt, ob das Völkerrecht noch trägt oder ob die internationale Ordnung neu zu denken ist.

24.10.2025 | 42:00 min

Die Regelungen reichen zurück bis ins 19. Jahrhundert. Nach dem [Zweiten Weltkrieg](#) wurde 1949 mit der Genfer Konvention der Schutz für Zivilisten noch einmal maßgeblich erhöht. "Im Kern geht es darum, dass auch bei gewaltsamen Konflikten ein Minimum an Menschlichkeit aufrechterhalten wird", erklärt der Völkerrechtler Christoph Safferling.

Als völkerrechtliche Verträge seien diese Regeln aber auch immer darauf angewiesen, dass sich alle daran hielten:

Das Prinzip der Reziprozität ist elementar. Eine Partei befolgt nur deshalb die Regeln, weil auch die andere Partei die Regeln befolgt.

Christoph Safferling, Völkerrechtler

"Regeln werden inzwischen weniger ernst genommen"

Damit ein gewaltsamer Konflikt gar nicht erst entsteht, gilt nach der Charta der [Vereinten Nationen](#) das sogenannte Gewaltverbot. Grundsätzlich dürfen Staaten gegenüber anderen Staaten weder Gewalt anwenden noch androhen. Das Problem: "Die Regeln werden inzwischen weniger ernst genommen", so Safferling. Putins Angriffskrieg in der Ukraine sei ein Beispiel oder die Intervention der USA in [Venezuela](#).

In den USA erleben wir derzeit eine Regierung, die die Moral des Präsidenten als oberste Richtschnur anerkennt, aber nicht die Regeln, auf die man sich verständigt hat.

Christoph Safferling, Völkerrechtler

Um Verstöße zu ahnden, gibt es zwar verschiedene Möglichkeiten. So können Staaten andere Staaten vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) verklagen, dem Gericht der UN. Außerdem können Einzelpersonen vor dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) angeklagt werden. Beispielsweise wurden dort Haftbefehle gegen [Wladimir Putin](#) oder [Benjamin Netanjahu](#) erlassen. Zudem kann auch der UN-Sicherheitsrat Staaten sanktionieren, wenn sie Regeln brechen.

Landkäufe für Israelis, mehr Kontrolle durch Behörden: Was Netanjahus umstrittener Siedlungsplan für das Westjordanland bedeutet. Analyse mit Ex-Diplomat Andreas Reinicke bei ZDFheute live.

12.02.2026 | 15:20 min

Veto-Recht blockiert UN-Sicherheitsrat

Das Problem ist jedoch: Gerichtsentscheidungen werden nicht mehr akzeptiert, und der UN-Sicherheitsrat wird blockiert. "Der UN-Sicherheitsrat ist in der Struktur, die er 1945 bekommen hat, dysfunktional", erklärt Safferling. "Er ist nicht entscheidungsfähig, weil fünf ständige Mitglieder ein Veto-Recht haben, nämlich die USA, Frankreich, China, Russland und das Vereinigte Königreich." Im geopolitischen Machtgefüge trafen diese daher nie Entscheidungen, die ihren eigenen Interessen widersprechen, so Safferling.

Die UN sollten sich mit großer Mehrheit hinter ihre eigene Charta stellen, sagt Annalena Baerbock. Dass dies US-Präsident Trump beeindrucken würde, wird stark in Zweifel gezogen.

16.01.2026 | 68:07 min

Ganz aufgeben solle man das Völkerrecht aber nicht, findet

Safferling: "Die Regelungen des Völkerrechts sind nicht vom Himmel gefallen, sondern erkaufte worden von den Millionen von Toten des Zweiten Weltkriegs." Europa sei daher moralisch verpflichtet, die Einhaltung dieser Regeln zu fordern und vorzuleben. Zudem könne sich das Völkerrecht weiterentwickeln:

Das Völkerrecht reagiert nach unsicheren Zeiten meist mit besseren Regeln und reformierten Institutionen. Das ist jedenfalls die Hoffnung.

Christoph Safferling, Völkerrechtler